

Stand: 15.07.2026 15:30:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11076

"Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen - nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11076 vom 17.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11996 des BU vom 14.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/12089 vom 21.05.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 80 vom 21.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

**Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat
(Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen –
nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - dass die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, sogenannter Weltklimarat) eingestellt wird, insbesondere durch den Verzicht auf die Entsendung von Regierungsdelegationen zu IPCC-Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen sowie die Einstellung jeglicher formalen Beteiligung an IPCC-Abstimmungs- und Billigungsprozessen, einschließlich der Erarbeitung und Annahme der „Summary for Policymakers“ (SPM),
 - dass die finanzielle Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am IPCC eingestellt wird, indem sämtliche Beiträge, projektbezogenen Zuwendungen, Unterstützungsleistungen und sonstigen Zahlungen an den IPCC oder mit ihm verbundene Strukturen beendet werden,
 - dass eine nationale, transparent arbeitende wissenschaftliche Politikberatung zu Umwelt- und Klimathemen eingerichtet wird, die strikt zwischen empirischem Befund, modellbasierten Projektionen, Wertungen und politischen Handlungsoptionen unterscheidet und deren Arbeitsweise, Datenbasis, Annahmen, Unsicherheiten sowie fachliche Positionen vollständig dokumentiert und veröffentlicht werden.
- sich auf EU-Ebene für die Einstellung der Finanzierung des IPCC einzusetzen, insbesondere für die Einstellung der regelmäßigen Zahlungen der EU an den IPCC Trust Fund.

Begründung:

Die Forderungen dieses Antrags sind darauf ausgerichtet, die beschriebenen Risiken, die durch das Wirken des IPCC für die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung ausgehen, zu minimieren: die übergroße Wirkung verdichteter Informationen, die mangelnde Sichtbarkeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Bewertungen und die Gefahr, modellbasierte Aussagen als sichere Tatsachen zu behandeln. Zugleich wird der Weg frei für eine nationale wissenschaftliche Beratung, die unterschiedliche fachliche Bewertungen sichtbar darstellt, die Grundlagen und Annahmen offenlegt und Aussagen auf der Basis von Modellen und Szenarien nachvollziehbar einordnet, damit deren Aussagekraft und Grenzen klar erkennbar sind.

Der IPCC und insbesondere die SPM haben in Deutschland erheblichen Einfluss auf politische Debatten, Gesetze und Entscheidungen der Verwaltung. Sie prägen häufig, wie Probleme auf entsprechenden Ebenen eingeordnet und welche Lösungsmaßnahmen als notwendig angesehen werden. Gerade bei einem solch großen Einfluss ist entscheidend, dass unterschiedliche wissenschaftliche Einschätzungen, Gegenpositionen und Minderheitsmeinungen klar sichtbar bleiben. Dies ist nur unzureichend der Fall. Zu kritisieren ist insbesondere, dass die Darstellungen des IPCC in der Praxis häufig einseitig wirken und abweichende wissenschaftliche Bewertungen in der öffentlichen Vermittlung nicht berücksichtigt werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass komplexe Sachverhalte verkürzt oder nur aus einer Richtung betrachtet werden und sich diese eine Sichtweise als vermeintlich endgültiger „Stand der Wissenschaft“ festsetzt. Dies steht einer verantwortungsvollen, auf wissenschaftlichen Grundsätzen basierenden Entscheidungsfindung entgegen.

Weiterhin ist zu kritisieren, dass sich zentrale, in Veröffentlichungen des IPCC getroffene, Aussagen in erheblichem Umfang auf Modelle und Annahmen von Szenarien stützen. Modellrechnungen sind als Methode grundsätzlich von Annahmen abhängig und müssen deshalb kritisch geprüft werden. Ihre Ergebnisse dürfen nicht unbesehen als sicher eintretende Vorhersagen verstanden werden. Wo modellbasierte Aussagen in der politischen Praxis wie feststehende Tatsachen behandelt werden, wächst das Risiko von Fehlentscheidungen, und das ist im Zusammenhang mit SPM festzustellen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/11076

Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen - nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 14. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/11076, 19/11996

Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen – nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel – und schließt Abschiebungen vorerst aus
 Drs. 19/9904, 19/11935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

2. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. SPD
 Eigenen Handwerksfonds auflegen: Kapitalzugang für Betriebe sichern
 Drs. 19/10386, 19/11986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
„Bayerische Meisterstücke“ – KMU-gerechte Unterstützung geografischer Angaben handwerklicher und industrieller Erzeugnisse in Bayern
Drs. 19/10408, 19/11989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation von HebaVaria-Projekt: Hebammen-Vermittlung für eine bessere Versorgung von Mutter und Kind
Drs. 19/10790, 19/11980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☐

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen – keine verzögerte Auszahlung in Bayern
Drs. 19/10793, 19/11984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutzimpfungen retten (Kinder)Leben:
Präventive Strukturen nicht ersatzlos aufgeben!
Drs. 19/10797, 19/11981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
Trennung von Amt und Partei in der Staatskanzlei
Drs. 19/10798, 19/11936 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Verlängerung Meisterbonusprogramm
Drs. 19/11023, 19/11991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für Handyortungen und Observationen ausreisepflichtiger Ausländer im AufenthG
Drs. 19/11024, 19/11937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU Hinzuverdienstgrenze für die Hinterbliebenenrente abschaffen
Drs. 19/11042, 19/11845 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒ ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen – nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten
Drs. 19/11076, 19/11996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ Z	☒ A	☒ A

12. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
40 Jahre nach Tschernobyl: Bericht im EU-Ausschuss: Bedeutungsverlust der Atomkraft weltweit – Daten und Fakten
Drs. 19/11099, 19/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ A	☒ Z	☒ Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindern und Familien mit fetalen Alkoholspektrumstörung (FASD)
bessere Chancen im Leben geben!
Drs. 19/11154, 19/11982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung
und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern
Drs. 19/11156, 19/11939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen:
Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!
Drs. 19/11159, 19/11983 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein „klick und krank“: Digitale Krankschreibungen stärker regulieren –
hausärztliche Versorgung stärken
Drs. 19/11166, 19/11985 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern
Drs. 19/11168, 19/12000 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒ ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!
Drs. 19/11188, 19/11978 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Ehrlicher Verbraucherschutz statt neuer Belastungen aus Brüssel:
„Fit for 55“ aussetzen, Bezahlbarkeit sichern, Krisenvorsorge stärken!
Drs. 19/11189, 19/11861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ Z	☒ A	☒ A

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten –
Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen
Drs. 19/11190, 19/11862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ Z	☒ A	☒ A

21. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkung der Medienethik im LehrplanPLUS der Mittelschule
Drs. 19/11191, 19/12001 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Hebammenhilfe nach Fehlgeburten stärker in das
Hilfesystem integrieren!
Drs. 19/11208, 19/11987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesprogramm „Respekt Coaches“ dauerhaft fortführen
Drs. 19/11209, 19/12002 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutz von Kleintieren vor Verletzungen durch Mähroboter –
Aufklärung intensivieren und Partner aktiv einbinden
Drs. 19/11302, 19/11842 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie
in Bayern
Drs. 19/11316, 19/11843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berge schützen, Natur bewahren:
Sofortvollzug beim Scheidtobelbahn-Projekt jetzt stoppen!
Drs. 19/11319, 19/11844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versorgung psychisch erkrankter Menschen sicherstellen
Drs. 19/11336, 19/11988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Drs. 19/11366, 19/11846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gebärdensprachverbot in bayerischen Schulen
durch ein Fachgespräch aufarbeiten
Drs. 19/11388, 19/11847 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren IV:
Künstliche Intelligenz für eine bürgerfreundliche Verwaltung
Drs. 19/11391, 19/11992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychotherapeutische Versorgung sichern – bedarfsgerechte Finanzierung gewährleisten
Drs. 19/11393, 19/11990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Gießhammer, Volkmarr Halbleib u.a. SPD
Anhörung zur BayKiBiG-Reform: Qualität sichern, Finanzierung verlässlich gestalten, Familien entlasten
Drs. 19/11813, 19/11976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒